

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1878

20 (24.1.1878)

Beilage zu Nr. 20 der Karlsruher Zeitung.

Donnerstag, 24. Januar 1878.

Badischer Landtag.

† Karlsruhe, 22. Jan. 27. öffentliche Sitzung der zweiten Kammer unter dem Vorsitz des Präsidenten Lamey. (Siehe Hauptblatt Nr. 19.)

Abg. Fieser begründet den Antrag, über die Initiativentwürfe der Abgg. Böhinger und Genossen, Jungmanns und Genossen und Neumann und Genossen zur Tagesordnung überzugehen. Redner könne den Ausdruck seines Bedauerns darüber nicht unterlassen, daß in einer Zeit der allgemeinen Nothlage drei so weitgehende Anträge von der ultramontanen Partei gestellt worden seien. Er dürfe daran erinnern, daß der Vorstand der ultramontanen Fraktion selbst darauf aufmerksam gemacht habe, daß die Verhandlungen der Kammer nicht unnützlich ausgedehnt und dadurch die Kosten des Landtages erhöht werden müßten. Die Anträge nehmen aber nicht nur den heutigen Tag in Anspruch, sie würden eine große Menge Zeit erfordern, wenn sie durchberathen werden sollten, und wenn sie Gesetzeskraft erlangten, stürze man das Volk mitten in der Zeit der Noth in heftige Wahlkämpfe. Weiter bedauert Redner, daß das Tischbuch des Friedens, der bis jetzt auf dem Landtage zwischen den beiden Parteien eingehalten worden, durch die heute vorliegenden Anträge gründlich entzwei geschnitten wurde. Hinter denselben stehe nicht die Begründung, die heute ruhig, sachlich und maßvoll vorgebracht worden sei, sondern ultramontane Parteitendenz; insbesondere der Antrag Neumann habe den Anschein, als ob in ihm um die Gunst einzelner Theile der Bevölkerung gekämpft werde. Die Tendenz der Anträge ergebe sich aus dem materiellen Inhalt derselben. Bei dem Antrage Böhinger sei der wesentliche Kern, worüber der Antragsteller mit zwei Worten hinweggegangen sei, die Aenderung der badischen Verfassung dahin, daß den Städten der geringe Vorzug, der ihnen bei den Wahlen eingeräumt sei, genommen werde. Dagegen die ultramontane Partei keinen Grund habe, auf ihre Wahlergebnisse auf dem Lande besonders stolz zu sein, glaube sie doch mit der Zeit eher die Landbevölkerung, als die Stadtbevölkerung gewinnen zu können, und provozire einen Klassenkampf zwischen Stadt- und Landbevölkerung.

Der Antrag Jungmanns sei ein ungeheuerlicher. Abg. Jungmanns habe selbst gesagt, die Kreisversammlung sei eine Interessentenvertretung. Wie könne man nun in diese Versammlung den Streit politischer Parteien bringen, ja sogar die Bezirksräthe dieser Gefahr aussetzen. Die letzteren seien nicht nur Verwaltungsorgane, sondern sie haben auch ausgedehnte richterliche Funktionen; in keinem Staate, mit Ausnahme der Schweiz, werden aber Richter gewählt, weil der Spruch des Richters über dem Rechte der Majorität stehen müsse.

Was den Antrag Neumann betreffe, so sei es nicht möglich, ihn auf Grund des bestehenden Rechtes für begründet zu erklären. Genügend habe den Redner der Versuch der Auslegung der badischen Wahlordnung durch die Reichsgesetze. Es bleibe nichts übrig, als die bestehenden badischen Gesetze anzuwenden. Recht und Pflicht seien Korrelate, mit Recht werde ein Bürger von dem Wahlrecht ausgeschlossen, der seinen öffentlichen Verpflichtungen nicht nachkomme. Eine Armenunterstützung schließe übrigens bekanntermaßen vom Wahlrecht dann nicht aus, wenn sie eine vorübergehende in Folge eines Unglücksfalles sei, und Redner mache darauf

aufmerksam, daß eine einmalige Anschaffung von Büchern nicht ohne Weiteres den Charakter einer das Wahlrecht entziehenden Unterstützung trage.

Daß die Antragsteller den Kulturkampf in's Haus tragen wollten, sei dem Redner nicht fraglich, wenn er Geschichte und Entwicklung der ultramontanen Partei betrachte. Es sei mit Recht in der „Badischen Korrespondenz“ daran erinnert, daß der frühere Abg. v. Buß einmal ausgesprochen habe, daß das Ziel des Ultramontanismus eine ständische Repräsentation sei. Der Ultraradikalismus, den die Partei jetzt verfolge, solle nur den Uebergang zu einer solchen Verfassung bilden. Die Antragsteller seien Mitglieder einer Partei, die überall von der Kurialpolitik in's Schlepptau genommen sei, und die überall den Parlamentarismus durch den Parlamentarismus zu verderben suche, um so den modernen Staat zu schädigen. Was die liberale Partei anstrebe, habe sich deutlich ergeben aus den in Frankreich jüngst stattgehabten Bewegungen, wo man das allgemeine Stimmrecht zu fassen und die Verfassung zu fügen unternahm.

Der eigentliche Zweck der vorliegenden Anträge sei denn auch nicht eine Erweiterung der konstitutionellen Rechte der Staatsbürger, sondern Schwächung des Parlamentarismus durch den Ultraradikalismus. Redner empfehle deshalb über die Anträge zur Tagesordnung überzugehen.

Abg. Paravicini tritt zunächst dem Antrage Jungmanns entgegen. Eine Aenderung der Wahlen in die Kreisversammlungen sei nicht geboten, das bisherige System sich bewährt habe. Der Abg. Jungmanns habe gesagt, die Kreisabgeordneten seien nicht Vertrauensmänner des Volkes, allein dieselben seien von Vertrauensmännern gewählt, und dadurch viel mehr verpflichtet, das, was richtig sei, im Interesse der Urwähler zu thun, als wenn einzelne Personen die Wahl organisierten. Die indirekten Wahlen in den Kreisversammlungen seien demnach vielmehr geeignet, die vorhandenen Interessen zu vertreten. Auch das gegenwärtige System der Wahl der Bezirksräthe habe sich bewährt. Wenn von Abg. Jungmanns bemerkt worden, die Kreisversammlungen seien nicht dazu angethan, die Vertrauensmänner, die sich zu Bezirksräthen eignen, zu kennen, so kenne diese jedenfalls die Masse des Volkes noch viel weniger. Redner ist daher gegen den Antrag Jungmanns und ebenso gegen die beiden andern Anträge.

Abg. v. Feder: Er habe sich gefreut, daß auf dem gegenwärtigen Landtage der Kulturkampf bis jetzt schwiege. Die liberale Partei verdiene die Anerkennung, daß sie denselben nicht hervorgerufen habe. Die heutige Diskussion sei nutzlos. Die Frage der Wahl in die Kreisversammlungen und zu den Bezirksräthen könne nicht aus dem Ganzen der Verwaltungsorganisation herausgerissen erörtert werden. Der Antrag Neumann betreffe eine praktische Frage, die je nach Umständen zu entscheiden sei, eine vereinzelte Abgabe von Schulrequisiten werde nie eine Armenunterstützung darstellen. Bezüglich des Antrages Böhinger sei des Redners Ansicht, daß wir mit der Zeit zu dem direkten Wahlsystem gelangen werden. Das indirekte System und das Zweikammer-System seien unbeständige, Metternich'sche Ideen; mit dieser Tradition sei heute gebrochen. Nach Redners Wahrnehmung herrsche zu wenig Theilnahme für die Wahlen im Volke, was sich nur durch Einführung des direkten Stimmrechts ändern werde. Aber mit den Motiven des Antrages

Böhinger sei Redner gar nicht einverstanden; von der angeführten erhöhten politischen Bildung sei er nicht überzeugt, und was ihn besonders veranlasse, gegen den Vorschlag zu stimmen, sei der beantragte § 34, der anordne, daß auf durchschnittlich 25,000 Seelen der Bevölkerung ein Abgeordneter zu wählen sei, den bis jetzt den Städten eingeräumten Vorzug also aufhebe. In den Städten drängen sich aber viel mehr Interessen und viel mehr Bildung zusammen, und zu einer Aenderung liege deshalb keine Veranlassung vor.

Abg. Bür: Er könne sich einer gewissen Heiterkeit nie erwehren, wenn er sehe, wie der Ultramontanismus den Liberalismus an Liberalismus zu übertreffen suche; die liberalen Kräfte seien nur eine Bekleidung der ultramontanen Blöthe. Redner lasse sich dennoch in eine Diskussion der Anträge ein. Was den Antrag Böhinger betreffe, so führe die vortragende Begründung nicht auf denselben. Redner freue sich, daß der Antragsteller den Fortschritt der Volksbildung anerkannt habe. Die hervorgehobene Bemerkung der Urwähler bei den indirekten Wahlen könne Redner nicht zugeben. Die Personenfrage, die bei beiden Wahlarten jeweils vorher vorhanden sei, werde im Falle der indirekten Wahlen ruhiger erörtert. Die gegenwärtige geringere Theilnahme an den Wahlen sei Folge der Ermüdung, nicht der Interesselosigkeit. Was die angebliche größere Beeinflussung der Wahl bei indirekten Wahlen betreffe, so verweise Redner auf den Ausspruch Zöpfl's, daß alle Parteien, die es auf Wahlbeherrschung absehen, die direkte Wahl dem indirekten Systeme vorziehen, — weil die Wahlmänner einem Drucke besser Widerstand leisten können als die Masse der Urwähler. Man wisse, wo die Kurie den größeren Einfluß übe. Und gerade die größere Beeinflussung sei auch der Grund, weshalb die ultramontane Partei den Antrag gestellt habe. In den Städten sei eine größere Summe von Intelligenz enthalten, als auf dem flachen Lande, wie der Abg. v. Feder schon vorgeführt habe, deshalb wolle man ihren Einfluß schwächen. Redner halte das direkte Wahlsystem für das System der Zukunft; für den Augenblick habe man dasjenige Wahlsystem zu wählen, von welchem man die besten Resultate zu gewärtigen habe.

Hinsichtlich des Antrages Jungmanns sei von dem Antragsteller selbst und wiederholt in der Diskussion der Charakter der Kreisversammlung als eine Interessentenvertretung hervorgehoben worden; in Korporationen, die sich mit besonderen örtlichen Angelegenheiten beschäftigen, sollen aber keine politischen Gegensätze sich geltend machen. Wenn man die Interessentenvertretung nicht aufheben wolle, so seien direkte Wahlen gar nicht durchführbar, weil einen integrierenden Bestandtheil jener die Theilnahme der Großgrundbesitzer und Großindustriellen an der Wahl bilde. — Der Abg. Jungmanns wolle auch das Recht des Vorschlags der Bezirksräthe der Kreisversammlung abnehmen und den Bezirksangehörigen geben. Die Resignation, daß man der Krone noch die Auswahl gelassen habe, sei nicht hoch anzuschlagen, denn es würde doch regelmäßig denen, die die meisten Stimmen erhalten haben, die Bestätigung nicht versagt werden können. Wenn der Abgeordnete Jungmanns sich auf das Gesetz vom Jahr 1849 stütze, so wundere dies den Redner, da ein Führer der ultramontanen Partei, Frhr. v. Andlaw, die damals vorgeschlagenen Gesetze als Quelle alles Uebels erklärte. Das Gesetz vom Jahr 1849 trage übrigens in der That etwas

Großh. Hoftheater.

—k. Karlsruhe, 21. Jan. Nach langer Zeit der Ruhe erlangen wieder einmal die volkstümlichen, gemüthlichen Weisen des „Nachlagers von Granada“ von Coradin Kreuzer — ein badisches Landestind, dem seine Vaterstadt Meßkirch wegen Mangels genügender Geldmittel immer noch nicht das projektirte Denkmal zu errichten vermochte. Der Ehrenkranz des Abends gehörte Hrn. Fauer, welcher die Partie des Jägers mit dem ganzen Aufgebot seiner edlen, ruhig stehenden und warmherzigen Gesangsweise wiedergab. Auch Fräulein Will erstente vielfach durch wirkliche Innerlichkeit des Gesanges, nur fehlte die Ruhe, Ungezwungenheit des Tones und die angelegentlichste Modestität. Der Chor trug nach altherkömmlicher Weise seinen Antheil an den Erfolgen des Abends nach Hause. — Der vergangene Sonntag lautete die schelmische Rose Feiquet Alt und Jung, Männlein und Weiblein schaarenweis in das Theater. Das Dim, Dim, Dim dieses Glückens des Fremden erinnert zwar häufig an das ausgelassene Geklingel des Tanzbodens; doch hat man für derartige Fälle extra das Wort volkstümlich oder leichtsinnig erfunden, — ein Unversaltpfäckerchen, um musikalische Wechelschnelligkeit und Falstlosigkeit liebensvoll zu verdecken. Uebrigens sind in Mailart's Musik auch Momente vorhanden, die eine feinere, selbst poetisch geartete Herkunft verrathen (z. B. „Ich bin hübsch“? Duett des 2. Akts) und vor Allem die Reize lebendiger, sprudelnder Rhythmi und pikanter Charakteristik an sich tragen, die ihnen das bestimmte französisch-nationale Gepräge verleihen. Die Rose Feiquet haben wir schon draßlicher, gerumpelter, wie lebendiger Hohn auf alle Anforderungen der Mode und des bon ton, dadurch aber auch wirksamer für Jene gesehen, die einen noch starken Bewußtsein lebendigen Geschnaack besitzen. Aber wir hätten es doch lieber mit dem anmuthigen Geschnaack und dem zurückhaltenden Wesen der Rose Feiquet, wie sie uns in Fräulein Dianchi entgegentritt. Einige lebendigere Farben dürften sich nach und nach zur Anschauung monotoner Stellen des jetzt schon anmuthigen Bildes fügen lassen, denn daß unsere junge Künstlerin die Mittel musikalischer und schauspielerischer Charakteristik zur Genüge kennt und anzuwenden versteht, hat sie in der Arie des 3. Aktes schlagend bewiesen. Dieß der Eingang dieser Nummer ein intensiveres Hervorleuchten inneren Gefühls als allen Wunsch übrig, so entzündete dagegen der fernere Verlauf ihres Vortrags von dem Moment an, wo dem holden Bräutchen der

reizendste Robold im Raden sitzt und an den Basen und Ruhmen des Dörchens seinen Spott übt, ringsum die hellen Flämmchen befalligen Entzündens. Hier war es nicht allein die äußere Schönheit des Gesanges, der wohlklingende, leicht anschlagende Ton, die virtuose Beherrschung des Stimmmaterials, was pakte, sondern auch die charakteristische Feinheit, mit der jeder Einzelheit im Gesang, wie im Spiel der richtige Ausdruck wurde. Weiterhin trat noch Fr. Bianchi im Duett: „Ich bin hübsch“? (2. Akt) durch einseitigen Reiz der Stimme, zart besetzten Ausdruck hervor. Fr. Kärner ließ als superflüger Pächter Thibaut seinem derbe gemüthlichen Humor die Zügel schießen, und Fr. Johanna Schwarz entzündete als Pächterin Georgette durch heftiges Reußere und zierliches Spiel Dragoner- und andere Herzen. Der Soubain des Hrn. Rosenberger war eine anziehende Erscheinung und seine musikalische Rede ging recht sicher und in angemessenem Ausmaß vor. Doch ist der Sänger bringen vor jeder gewaltsamen Behandlung der Stimme zu warnen, wodurch schließlich mühsam erquälte und, wie eine Reihe seiner jetzt gebotenen Leistungen lehren, in die Höhe geschnaackte, unreine Töne zum Vorschein gelangen. Der richtige Weg, eine an sich schwächliche Stimme zu kräftigen und einen einströmigen Vortrag zu beleben, ist dies jedenfalls nicht.

* Ein seltsames Leben.

Von W. E. Bradon.

(Fortsetzung aus der Beilage Nr. 19.)

Nachdem das Frühstück der Form nach durchgemacht war, begab er sich in sein Ankleidezimmer, wo er ein nettes, geschäftsmäßiges Schreibpult stehen hatte.

Es war für Churhill schwer, an Herrn Pergament zu schreiben, dem Gute vollständig entlagend und es dem Advokaten überlassend, Justina Penwyn's — alias Elgood — Ansprüche zu untersuchen und — wenn es gerechte Ansprüche waren — die Uebertragung des Besitzthums auf jene Dame zu bewerkstelligen, ohne Rechtsstreit irgend welcher Art.

„Pergament wird mich für verrückt halten,“ dachte er, als er diesen Brief unterzeichnete. „Wie dem auch sei, ich habe wenigstens mein Madge gegebenes Versprechen gehalten.“

Er schrieb einen zweiten Brief an seine Banquiers, in welchem er

se anwies, sechshundert Pfund in dem „Großen Trunk of Canada Prioritäten“ anzulegen, ein Papier, auf dessen Interessen nicht zu jeder Zeit mit Sicherheit gerechnet werden konnte, welches aber jeden Augenblick ohne Schwierigkeit zu Geld gemacht werden konnte.

Nachdem er seine Briefe durch den Boten expedirt hatte, ging Churhill in das Zimmer seiner Frau. Madge schlief fest, aber schwer — und der besorgte Gatte meinte, ihr Athem sei unruhiger als sonst. Ihre Wangen, so blaß er sie zuletzt gesehen, war jetzt dunkelroth gefärbt, die Hand, welche er sanft berührte, als er sich über sie beugte, war heiß und trocken.

Er ging hinab in den Stall, wo er Hunter dem Reitknecht, besah, nach Seacombs zu fahren und Doktor Hilgard zu holen.

Churhill sah den Mann fortfahren, dann kehrte er in das Zimmer seiner Frau zurück, setzte sich an ihr Bett und verließ dasselbe nicht eher, als bis Doktor Hilgard, drei Stunden später, ankam.

Doktor Hilgard trat ruhig in das Zimmer. Er setzte sich an das Bett, fühlte die Pulse der Patientin und verlängerte mit besorgtem Ausdruck seine Untersuchung.

„Es hat eine garstige Erregung stattgefunden, nicht wahr?“ fragte er. „Meine Frau ist ängstlich gewesen und hat sich mit der Pflege einer sterbenden Dienerin über ihre Kräfte angekrengt.“

„Es ist hartes Fieber vorhanden. Ich fürchte, der Anfall kann ernstlich werden. Frau Penwyn's Jugend und ihre kräftige Konstitution sind günstige Punkte; aber aus verschiedenen Symptomen entnehme ich, daß ihre Gesundheit schon länger angegriffen gewesen sein muß. Ein so plötzlicher Anfall wie der heutige könnte das kummervolle Aussehen nicht hervorrufen, auch nicht diese Abzehrung,“ sagte er, indem er sanft den Arm der Schlafenden emporhob.

„Sagen Sie mir die Wahrheit,“ sagte Churhill mit einem Tone, der ganz von seinem gewöhnlichen, ruhigen, klaren Tone abwich. „Glauben Sie, daß Gefahr vorhanden ist?“

„Oh Gott, nein, mein lieber Herr, es ist keine unmittelbare Gefahr vorhanden. Ich bedaure nur, daß Frau Penwyn ihre physische Kraft zu sehr hat herabkommen lassen, ohne ärztliche Hilfe in Anspruch zu nehmen. Das System ist verhältnißmäßig schon seit längerer Zeit gestört gewesen und eine plötzliche Eskalation kann die Symptome entwickelt haben, welche wir heute bedauern müssen.“

(Fortsetzung folgt.)

zu sehr den Stempel der Zeit. Wer die direkten Wahlen — denn darauf komme, wie erwähnt, die Präsentation hinaus — für die Bezirksräthe befürworte, mache sich einer schweren Verletzung des Prinzips des Selbstregiments schuldig, wofür Redner auf England verweist. Es handle sich um Organe der Bezirksverwaltung und Rechtsprechung vitale Interessen des Staates, die nicht in die Hand von Majoritäten gebracht werden dürfen. Es gebe keine schlechtere Justiz, als die in einer benachbarten Republik durch gewählte Richter geübt. — weil der Parteigeist es sei, der die Richter wähle. Redner frage sich, wie es komme, daß der Ultramontanismus sich der Forderungen der Demokratie bemächtigt. Das Wesen der Kirche sei gerade demjenigen der Demokratie entgegengesetzt. Der Syllabus verbiete ausdrücklich die Anschauung, als ob die aus allgemeinen Wahlen hervorgegangenen Volksvertretungen Gesetze geben dürften und diese befolgt werden müßten, wenn sie mit der Meinung der Kirche in Widerspruch stehen.

Eine korporative Vertretung sei offenbar das Ideal des Ultramontanismus, das er wieder zu erreichen strebe. Redner erinnere an die Erschütterungen, die der Ultramontanismus hervorgebracht, wo er sich der Herrschaft bemächtigte. Die Partei wolle durch die gestellten Anträge eine Steigerung ihrer Macht herbeiführen. Redner sei gegen dieselben. Abg. Vögler erklärt sich auf einige Bemerkungen der Vorredner; insbesondere sehe Redner nicht ein, warum die Landesbewohner zurückgesetzt werden sollten in Bezug auf die Zahl ihrer Vertreter in der Kammer. In den Städten seien auch sehr schlimme Elemente zu finden.

Ministerpräsident Stöcker entwickelt hierauf ausführlich den Standpunkt der Groß. Regierung. Die drei Initiativanträge litten an dem gemeinsamen Mangel einer vorwiegend mechanischen Auffassung des Staates. Der Antrag Jungmanns würde den Kampf der Parteien in die Kreisversammlungen und Bezirksräthe hineintragen, die dadurch ihrem Zwecke gänzlich entfremdet würden. Auch dem Antrag Neumann stehen ernstliche Bedenken entgegen; die Möglichkeit in der Erfüllung öffentlicher Pflichten müsse auf die Bethätigung öffentlicher Rechte von Einfluß sein. Der Antrag Vögler endlich zerfalle in zwei Theile, denjenigen, der eine neue Eintheilung der Wahlkreise, und denjenigen, der ein neues System der Wahl einführen wolle. In ersterer Beziehung sei eine Aenderung abzulehnen, durch welche man besondere volkswirtschaftliche Interessen verlegen und einen gewissen landschaftlichen Zusammenhang zerreißen würde. In letzterer Beziehung wäre die Einführung des direkten Wahlsystems sowohl hinsichtlich der Organisation als hinsichtlich der Mittel der Parteien, die dasselbe mit sich bringe, mit großen Schwierigkeiten verknüpft, insbesondere würde der gegenwärtige Einfluß der Klasse des Mittelstandes beeinträchtigt. Das Beispiel des Reiches, in welchem man noch nicht am Ende der Erfahrungen über das direkte Wahlsystem stehe und in welchem man das Korrekturen der Mängellosigkeit, große Kreise, in denen sich leichter ein Ausgleich vollziehe, und das Gegengewicht gegen ein zu heftiges Parteigetriebe in einem Staatenhaufe habe, könne nicht maßgebend sein. Man solle deshalb bei der bestehenden Wahlart verbleiben. (Wir werden diese Rede in ausführlicher Wiedergabe folgen lassen.)

Abg. Stigler theilt die Ansicht, daß wir das direkte Wahlrecht mit der Zeit bekommen werden; ein Bedürfnis, es jetzt einzuführen, finde er nicht. Bezüglich der Kreisversammlungen und Bezirksräthe beruhe das Verlangen direkter Wahlen auf einer Verkenntnis der Aufgabe derselben, die einerseits eine Vertretung lokaler Interessen, andererseits ein Theil der Staatsverwaltung sei, bei deren Organisation die Staatsregierung selbstverständlich mitwirken müsse, endlich — bei dem Bezirksrath — richterliche Funktion. Was den Antrag Neumann betreffe, so habe Redner seiner Zeit für Ungültigkeit der Freiburger Wahl gestimmt, nicht aus dem in der Begründung des Antrages als Motiv der ganzen damaligen Minorität angegebenen Grundjah, daß eine Unterstützung durch Verabreichung von Schulrequisiten nicht wahlunfähig mache, sondern weil er den Standpunkt einnahm, daß das Annehmen der Schulrequisiten aus Armut konstatirt sein müsse und dies nicht festgestellt gefunden habe.

Der Antrag Neumann sei, wie schon von den Vorrednern erwähnt, unbegründet und unzulässig. Das Gesetz sei klar, und wo dies der Fall, könne man nicht mit einer authentischen Interpretation kommen; es liege lex lata vor, die nichts mehr auszuliegen gebe.

Den Antragsteller haben offenbar die Irregularitäten der Freiburger Wahl dahin geführt, diese als Fehler des Gesetzes zu betrachten, sodaß man habe derselben übersehen, daß der Fall eines vorübergehenden Unglücks in der Wahlordnung ausgenommen sei. Bei Aufhebung der Bestimmungen, wonach

Verabreichung von Schulrequisiten Unterstützung ist, wären große Mißstände zu befürchten: der Gemeinderath dürfe nicht Mittel haben, sich eine Kohorte zu bilden, und der Einzelne solle nicht die Anschaffung der Bücher der Gemeinde überlassen können. Mit Organisationsänderungen dürfe man sich nicht abgeben in einem Zeitpunkt, wo materielle Interessen sich in erster Reihe geltend machen; zu solchen Änderungen gehören gezielte Zustände. Im Interesse des ganzen Landes habe es den Redner schmerzlich berührt, daß die Aufgaben des gegenwärtigen Landtages nicht, wie Redner gehofft habe, ohne Parteikämpfe erfüllt werden konnten, vielmehr Anträge hier eingebracht wurden, über deren Schicksal die Antragsteller nicht zweifelhaft sein konnten.

Es folgt Annahme des Schlusstrages mit der Maßgabe, daß noch die Abgg. Lender und Kiefer gehört werden sollen.

Abg. Lender hatte nicht die Absicht, heute zu reden; die Art und Weise, wie die Initiativanträge debattirt worden seien, veranlasse ihn jedoch zu einigen Bemerkungen. Zunächst müsse Redner bedauern, daß durch seine Partei das Tischtuch des Friedens zerschnitten worden sei. Wenn Redners Partei die Auffassung gefaßt hätte, daß sie durch die Anträge den Frieden jähre, hätte sie sich die Einbringung derselben wohl überlegt, da ihr nichts ferner liege als eine Friedensförderung. Man habe dies aber nicht erwarten können, da seit vier Jahren auf der Fahne der liberalen Partei die Einführung der direkten Wahlen stehe. — Redner müsse weiter bedauern, daß Abg. Kiefer die wirtschaftliche Seite in Betracht gezogen habe, — mit der es nicht so gefährlich sei, da man manchen Tag gehabt habe, die vorliegenden Fragen zu debattiren und eine wochenlange Beratung keinesfalls nöthig geworden wäre, — endlich auch, daß derselbe den Kulturkampf ins Gesicht führte, der nichts mit der Sache zu thun habe. — Den Ausbruch Ultramontane und Klerikale müssen Redner und seine Genossen perhorresciren; sie seien hier Volksvertreter und man dürfe ihnen keinen Namen beilegen, den sie sich nicht selbst geben. Ebenso weise Redner den Vorwurf internationaler Beziehungen zurück: seine Partei sei international nur in dem Sinne, daß sie katholisch sei, und habe mit Parteibestrebungen in andern Ländern nichts zu thun. Die Stellung seiner Partei zu dem Syllabus gehe den Abg. Vögler nichts an. — Die Gründe, die derselbe gegen die direkten Wahlen in's Feld geführt habe, seien nicht stichhaltig gegenüber einer Forderung, die allgemein aufgestellt werde. Die vom Regierungstische geltend gemachten Gründe seien eingehende und sachliche gewesen, die man achten und anerkennen müsse, wenn man sie auch nicht theile. Redner sehe in der Einführung direkter Wahlen keine Gefahr, wohl aber in der Verweigerung derselben: man unterstütze andere Parteien, die Sozialdemokraten z. B., am wirksamsten, wenn man ihnen nicht auf gemeinsamem Boden entgegenrete. Die Gründe, die man dem Antrag Vögler zu Gunsten einer größeren Berücksichtigung der Städte entgegengehalten habe, seien jedenfalls nicht für die kleineren Städte zutreffend. Die politische Bildung im Allgemeinen sei nicht so gering, wie der Abg. v. Feder sie dargestellt habe. — Am ungünstigsten sei der Antrag Jungmanns aufgenommen worden, obwohl derselbe nicht an die Interessenvertretung in der Kreisversammlung gerührt habe. Daß die Parteibestrebungen nicht in die Kreisversammlungen getragen werden sollen, möge die Gegenpartei sich merken. Redner verkenne nicht, welche Bedeutung die Kreisversammlung und der Bezirksrath haben; bis jetzt seien die Vorschläge für den Bezirksrath in einer Weise behandelt worden, daß man glauben müsse, es handle sich nicht um Wahlen zu Interessensvertretungen, sondern zu politischen Körperschaften. — Hinsichtlich des Antrages Neumann halte Redner es für bedenklich, wenn man die geäußerten Grundsätze anwende. Die Wirklichkeit sei doch eine ganz andere als die Theorie, daß staatsbürgerliche Rechte nicht ausgeübt werden sollen ohne Erfüllung entsprechender Pflichten. — Das Haus werde über die Anträge zur Tagesordnung übergehen, es werde aber eine Zeit kommen, wo die öffentliche Meinung über die einzelnen heute geltend gemachten Einwendungen zur Tagesordnung übergehen werde.

Abg. Kiefer: Der Abg. Lender habe sich beschwert, daß man von klerikaler oder ultramontaner Partei spreche. Es sei jedoch nicht möglich, die heute vorgebrachten Fragen zu erörtern, ohne von ultramontaner Politik zu reden. Was die direkten Wahlen betreffe, so sei es ein Kühner, aber in seiner Kühnheit dem Leiter der deutschen Politik Ehre machender Versuch gewesen, für den Reichstag direkte Wahlen einzuführen. Es sei keine Schwierigkeit, die Theorie der direkten Wahlen zu bekämpfen, nachdem große Lehrer der Staatsrechts-Wissenschaft, wie z. B. v. Mohl, sich gegen sie geäußert haben. Allein nach Redners Ueberzeugung müßten

die Regierungen sich darauf vorbereiten, mit Volksvertretungen, wie sie aus dem direkten Wahlsystem hervorgehen, zusammen zu arbeiten, da Redner mit dem Abg. v. Feder glaube, daß die Zeit des direkten Wahlrechtes kommen werde. Diese Ueberzeugung schließe das Ideal in sich, daß unser gebildetes Bürgerthum fähig sei, die politisch minder gebildeten Theile der Bevölkerung zu tragen. Redner sei der Ansicht, daß im Großen und Ganzen die deutschen Staaten heute schon in ihrer Entwicklung an einem Punkte angelangt seien, wo man, ohne Erschütterungen fürchten zu müssen, die Grundsätze des direkten Wahlsystems annehmen könne.

Allein selbst wenn man die größten Sympathien mit diesem System habe, müsse man democh verweigern, den von der Gegenpartei kommenden Anträgen beizutreten. Die Weltgeschichte lehre, daß der Ultramontanismus nur dann mit dem allgemeinen Wahlrecht sich zu verbinden geneigt sei, wenn er in der Bestrebung begriffen sei, ein Volk zu bewältigen. Redner verweise auf die Zustände in Frankreich unter dem zweiten Kaiserreiche bei dessen Untergang und zur heutigen Zeit, sowie auf die gegenwärtigen Ereignisse in Rom. — Auf den Syllabus Rücksicht zu nehmen, lasse Redner sich nicht verwehren, da derselbe ja sich auch mit dem Verhalten dem Staat gegenüber befaße. — Ueberdies finde Redner die gemachten Vorschläge lächerhaft und nur auf das Mechanische des Staatslebens bemessen, nicht liberal, sondern demagogisch. Die Partei des Redners habe eine Verfassungsreform schon vor Jahren als Forderung des Liberalismus aufgestellt, bei welcher jedoch auch noch andere Fragen, wie die der einjährigen Budgetperiode und der Integralerneuerung, in Betracht gezogen werden müßten. Wenn der Liberalismus jetzt den gegenwärtigen Vorschlag annähme, beginge er einen großen Fehltritt. Insbesondere werde man der rein mechanischen Wahlkunst, die Städte zurückzuwerfen, nicht Folge leisten.

Bezüglich des Antrages Neumann wolle Redner nur bemerken, daß über die Billigkeit der angeführten Minderzahl Wahl nicht im Plenum des Reichstages verhandelt worden sei, sondern nur in der Abtheilung, deren Antrag auf Genehmigung der Wahl der Reichstag ohne Debatte annahm. In Betreff des Antrages Jungmanns endlich sei nur noch hervorzuheben, daß die Regierung nicht die Zustimmung geben könne, daß die Bezirksräthe aus allgemeinen Wahlen hervorgehen, wenn dieselben die gegenwärtigen Vollmachten behalten sollen.

Die Partei des Redners wolle dem Geiste des nationalen Sinnes und des Fortschreitens gerecht bleiben, die Fahne einer geradeaus gehenden Reform hochhalten. — Fürst Bischoff habe es als unerhört bezeichnet, daß man in unserer Zeit eine Partei auf Grundlage des religiösen Bekenntnisses bilde; ... erst wenn die ultramontane Partei ihre gegenwärtigen Prinzipien aufgegeben habe, wolle Redners Partei mit jener zusammen auf allgemeiner Grundlage weiter bauen. (Beifall.)

Nach persönlichen Bemerkungen der Abgg. Jungmanns, v. Feder, Neumann und Vögler sowie des Präsidenten erfolgt Schluß der Sitzung in der gestern angegebenen Weise.

Vermischte Nachrichten.

21. Jan. Das Tagesgespräch der hiesigen Stadt bildet gegenwärtig das Festhalten des Bankgeschäftes nach u. Cie. Bei der gerichtlichen Verfestung fand sich in der Kasse ein Bestand von wenigen Mark vor. Der Geschäftsinhaber war schon am Tage vorher flüchtig geworden und konnte daher nicht zur Haft gebracht werden. Soweit bis jetzt sich feststellen läßt, sollen sich die Passiva auf 150,000 Mk. belaufen. An dem Verlusse sind außer verschiedenen auswärtigen Bankhäusern meist hiesige Privatleute betroffen, welche dem entflohenen Bankier ihre Vermögen anvertrauten, u. a. auch eine Anzahl von Offizieren, Beamten und Lehrern. — Die Regierung hat nach dem Ableben des bisherigen Theaterdirektors Brauer dessen Schwager, Hrn. Gutz, die Direktion übertragen. Die Mehrzahl des hiesigen Theaterpersonals hat mit finanziellen Schwierigkeiten zu kämpfen, da wegen der Zahlungsunfähigkeit der früheren Direktion die Gage nicht zur Auszahlung kam.

In neuerer Zeit haben sich die Fälle vermehrt, in welchen Briefsendungen nach St. Louis ohne nähere Angabe der Lage des Ortes zur Post geliefert und in Folge dessen anstatt nach den in Deutschland gelegenen Ortschaften dieses Namens, wie St. Louis (St. Ludwig) St. Louis im Elsaß, oder St. Louis bei Lemberg in Lothringen, nach St. Louis in den Vereinigten Staaten von Amerika beordert worden sind. Den Absendern derartiger Briefe wird daher zur Vermeidung der durch Fehlleistungen dieser Art entstehenden erheblichen Verfassnisse wiederholt dringend empfohlen, in den Aufschriften solcher Sendungen stets den die Lage des Bestimmungsorts bezeichnenden unterscheidenden Zusatz genau und vollständig anzugeben.

Handel und Verkehr.
Neuer Frankfurter Kurzeitel im Hauptblatt III. Seite.

Handelsberichte.
Berlin, 22. Jan. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen per Jan. —, per April-Mai 204.—, per Mai-Juni 206.—. Roggen per Jan. 189.50, per April-Mai 142.—, per Mai-Juni 141.50. Rüböl loco 72.—, per Jan. 71.60, per April-Mai 71.—, per Mai-Juni 70.80. Spiritus loco 48.75, per Jan.-Febr. 49.—, per April-Mai 50.60, per Mai-Juni 50.90. Hafer per Jan. —, per April-Mai 136.50.
Eisen, 22. Jan. (Schlußbericht.) Weizen — loco hiesiger 23.50, loco fremder 22.—, per März 21.45, per Mai 21.20. Roggen loco hiesiger 17.50, per März 14.75, per Mai 14.80. Hafer loco hiesiger 15.25, per März 15.—, Rüböl loco 38.50, per Mai 37.—.
Hamburg, 22. Jan. Schlußbericht. Weizen ruhig, per Januar 206.—, per April-Mai 209.—, per Mai-Juni 211.—. Roggen per Januar 148.—, per April-Mai 148.—, per Mai-Juni 149.—.
Bremen, 22. Jan. Petroleum. (Schlußbericht.) Standard white loco 11.40, per Februar 11.50 B., per März 11.65, per April 12.60 B. ruhig.
Paris, 22. Jan. Weizen per März 21.60. Roggen per März 16.40, per Mai 15.20. Hafer per März 14.75. Rüböl per Mai 37.40.

CL. Paris, 21. Jan. (Börsenachricht.) Man eröffnete den Markt in Baisse, namentlich auf das Gerücht, daß die russischen Heerführer über Adrianopel hinaus vorrückten und daß die englische Regierung nach dem in Parlament Subsidien verlangen solle. Sproz. Rente 109.07 nach 109.49, Sproz. 72.85 nach 73.25, Sproz. 12.75, Lärten 9.50, Ägypter 156.87, Banque ottomane 368, spanische äußere Schuld 12 1/2, ägypt. Staatsbahn 540, Lombarden 176, Banque de Paris 1065, Jencier 635, Mobilier 161, spanischer Mobilier 570, Energieaktien 768.

Paris, 22. Jan. Rüböl per Januar 99.75, per Febr. 99.—, per März-April 98.—, per Mai-August 96.—. Spiritus per Januar 57.75, per Mai-August 58.50. Zucker, weißer, disp. Nr. 8 per Januar 63.75, per Februar 64.—, per Mai-August 65.25. Mehl, 8 Marken, per Januar 69.25, per Februar 68.25, per März-April 68.—, per März-Juni 68.—. Weizen per Januar 31.50, per Februar 31.50, per März-April 31.50, per März-Juni 31.50. Roggen per Januar 19.50, per Februar 19.50, per März-April 19.50, per März-Juni 19.75.

Amsterdam, 22. Jan. Weizen unverändert, per März 315.—. Roggen niedriger per März 176.—, per Mai 180.—. Rüböl loco —, per Mai 41 1/2, per Herbst 40.—. Raps loco —, per Mai 440, per Herbst 414.—.
Antwerpen, 22. Jan. Petroleummarkt. Schlußbericht. Stimmung: fest. Raffinirtes Type weiß disponibel 28 1/2 B., 28 1/2 B., Jan. 28 1/2 B., 28 1/2 B., Febr. — B., März — B., März — B., 28 1/2 B.,

Septbr. — B., 31 B. Raffee schwarz.
London, 22. Jan. (11 Uhr.) Consols 95 1/2, Lombarden —, Italiener 72 1/2, 1873er Russen 81 1/2, neue Russen —.
London, 22. Jan. (3 Uhr.) Consols 95 1/2, fund. Amerik. 106 1/2, Liverpool, 22. Jan. Baumwollmarkt. Umsatz: 1000 Ballen. Markt auf Zeit 1/2, billiger.
New-York, 21. Jan. (Schlußkurs.) Petroleum in New-York 12 1/2, do. in Philadelphia 12, Mehl 5.15, Weizen (old mixed) 61, tother Winterweizen 137, Kaffee, Rio good fair 17 1/2, Haarnuss-Zucker 7 1/2, Getreidefracht 5 1/2, Schmalz 8 1/2, Speck 6 1/2, Baumwoll-Zusatz 38000 B., Zufuhr nach Großbritannien 32000 B., do. nach dem Continent 7000 B.

Witterungsbeobachtungen
der meteorologischen Station Karlsruhe.

Barometer	Thermometer in O.	Feuchtigkeit in Proc.	Wind.	Wimmel.	Bemerkung.
Januar					
22. Mittg. 2 Uhr	756.8	+ 7.4	SB.	bedeckt	Sturm u. Regen.
Nacht 9 Uhr	755.9	+ 7.8	"	"	"
23. Morg. 7 Uhr	751.2	+ 8.8	"	"	"

Verantwortlicher Redakteur: Heinrich Goll in Karlsruhe.